

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausbildungskrise in Berlin bekämpfen: Azubi-Rechte stärken und Ausbildungsbedingungen verbessern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, aktiv gegen die Krise auf dem Berliner Ausbildungsmarkt vorzugehen, die Rechte und Ausbildungsbedingungen von Auszubildenden konsequent zu stärken und Ausbildungen attraktiver zu machen.

Dafür gilt es unter anderem:

- Ein Auszubildendenwerk für Berlin zu errichten, das bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende sowie bedarfsgerechte und individuelle Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verbesserung der Ausbildungssituation schafft.
- Das volle Streikrecht für Auszubildende anzuerkennen. Das Streikrecht ist im Grundgesetz verankert und gilt auch für Auszubildende. Gegenüber den Berliner Arbeitgeber*innen ist öffentlich zu bekräftigen, dass Auszubildende das Recht haben, sich an Warnstreiks und Streiks zu beteiligen. Auch im Rahmen von Kooperationsformaten mit der Berliner Wirtschaft und dem Handwerk, wie dem „Bündnis für Ausbildung“, muss der Senat das Streikrecht von Auszubildenden bekräftigen und ebenso, dass ihnen keinerlei Nachteile aufgrund von Teilnahme an Streiks entstehen dürfen. Das gilt ausdrücklich auch in Bereichen, die der Daseinsvorsorge zugerechnet werden. Es ist weiterhin rechtlich klarzustellen, dass Fehlzeiten an Berufsschultagen aufgrund von Streikteilnahmen als entschuldigt gelten.
- Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn muss perspektivisch auch für Auszubildende gelten. Auch zukünftige Fachkräfte müssen von ihren Einkünften leben können. Gleichzeitig muss sich das Land Berlin entschieden für eine höhere Tarifbindung einsetzen, um dadurch auch die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben nachhaltig zu verbessern.

- Ein vergünstigtes Azubi-Ticket einzuführen, um die Attraktivität der Ausbildungsbedingungen gegenüber anderen Berufsbildungswegen zu erhöhen. Wie beim Studierendenticket ist das Deutschlandticket für Auszubildende auf 29,40 Euro zu rabattieren.
- Die solidarische Ausbildungsumlage muss jetzt umgesetzt werden. Für die kurzfristig notwendige Trendwende am Berliner Ausbildungsmarkt müssen Betriebe, die ausbilden, endlich die verdiente Unterstützung bekommen. Gleichzeitig sollen mit den Beiträgen die Ausbildungsbedingungen und die Qualität der Ausbildung verbessert werden.
- Das Land Berlin richtet beim zu gründenden Auszubildendenwerk für alle Auszubildenden eine zentrale Beschwerdestelle ein. Diese steht branchenübergreifend zur Verfügung und ergänzt die internen Beschwerdestrukturen der Ausbildungsbetriebe. Expert*innen bieten den Auszubildenden Hilfe im Umgang mit Diskriminierung, sexualisierter Gewalt, Übergriffen, Machtmissbrauch sowie eine Mediation und weitergehende Konfliktlösung an. Die Beschwerdestelle arbeitet dabei eng mit den existierenden zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen im Bereich Arbeitsrecht, Antidiskriminierung, sexualisierte Gewalt usw. zusammen, wie der „Fachstelle Arbeitsmarkt und Antidiskriminierung (FAMAD)“.
- Die inklusive Ausbildung soll durch rechtskreisübergreifende Kooperationen und Beratungsangebote gestärkt werden. Insbesondere die Beantragung des persönlichen Budgets für Teilhabe und Inklusion muss vereinfacht und gestärkt werden. Die landesfinanzierten Projekte zur Beratung in Ausbildung und Arbeit müssen verstetigt und um ganzheitliche Betreuungsangebote für die Auszubildenden und Unternehmen ausgebaut werden.
- Das Land Berlin beschleunigt die Implementierung der auf Bundesebene verabschiedeten gesetzlichen Instrumente für den besseren Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt von geflüchteten und eingewanderten Menschen. Im Fokus stehen hier mehrsprachige und niedrighschwellige Beratungsangebote wie die Sprachförderung während der Ausbildung und die schnellere Anerkennung von ausländischen Qualifikationszeugnissen.
- Keine Ausbildungsbündnisse oder weitere Gremien ohne Teilnahme einer Selbstvertretung der Auszubildenden. Wir müssen endlich mit jungen Menschen sprechen statt nur über sie. Auszubildende gehören mit an den Tisch und müssen über ihre Arbeitsbedingungen mitentscheiden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 1. Mai 2025 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Deutschlandweit und insbesondere in Berlin stehen wir vor der größten Ausbildungskrise der vergangenen Jahrzehnte. Der demographische Wandel wird den herrschenden Fachkräftemangel in den Handwerks- und Ausbildungsberufen noch einmal massiv verschärfen. Einen Mangel oder gar unbesetzte Ausbildungsstellen kann sich das Land Berlin nicht leisten. Auf der anderen Seite bleibt eine besorgniserregend hohe Zahl junger Menschen ohne Ausbildungsplatz und damit ohne einen Raum, in dem sie sich entfalten können. Das Land

Berlin soll junge Menschen viel stärker darin unterstützen eine Ausbildungsstelle zu finden, eine Ausbildung zu absolvieren und einen Berufsabschluss zu erhalten.

Berlin steht erneut vor dem Start eines Ausbildungsjahres. Ab August werden tausende junge Menschen auf die Suche nach einem Ausbildungsplatz gehen. Im Jahr 2023 sind laut Berliner Arbeitsagentur 3.707 dieser jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz geblieben¹. Auch die Zahl abgeschlossener Ausbildungsverträge ist in Berlin seit Jahren rückläufig, bei relativ gleichbleibender Anzahl von Bewerber*innen und einem moderaten Anstieg der angebotenen Stellen².

Diese klaffende Lücke zwischen Bewerber*innen und abgeschlossenen Verträgen erleben wir in Berlin seit vielen Jahren. Am Ende stehen immer mehr junge Menschen in schlecht bezahlten, ungelernten Tätigkeiten.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) spricht in seiner Analyse von einem „Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage“³. Dieses Mismatch speist sich laut Bericht aus einer fehlenden Qualifizierung der Bewerber*innen und vor allem auch der Qualität der angebotenen Stellen. Viele Betriebe erwarten hochqualifizierte Arbeitskräfte von Beginn an, ohne die Bereitschaft zu zeigen, in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen zu investieren.

Berlin benötigt eine Strategie, die nicht nur auf kurzfristige Lösungen abzielt, sondern auch langfristig wirksam ist. Es ist an der Zeit, die Ausbildungsbedingungen in Berlin grundlegend zu verbessern und jungen Menschen realistische Perspektiven zu bieten. Dazu gehören die Schaffung von günstigem Wohnraum für Auszubildende sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote in allen Fragen ihrer Ausbildung. Und dazu gehören die Gründung eines Auszubildendenwerks, die Anerkennung des vollen Streikrechts für Auszubildende, die Anhebung der Mindestausbildungsvergütung, die Einführung eines vergünstigten Azubi-Tickets und die Umsetzung einer solidarischen Ausbildungsumlage.

Auszubildende wollen gehört und an politischen Prozessen beteiligt werden. Dass im Berliner Ausbildungsbündnis keine Selbstvertretungen von Auszubildenden oder Schüler*innen einbezogen sind, ist nicht erklärbar.

Geflüchtete und Eingewanderte warten bis zu einem Jahr auf die Anerkennung ihrer ausländischen Zeugnisse. Das Land Berlin muss den Zugang von Geflüchteten und Eingewanderten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt beschleunigen. Hierfür müssen die Strukturen für die Anerkennung von ausländischen Schul- und Ausbildungszeugnissen ausgebaut werden. Zudem müssen die mehrsprachigen Beratungsangebote ebenfalls ausgebaut und die Informationen mehrsprachig auch in den Unterkünften von Geflüchteten zugänglich gemacht werden.

Wenn wir uns dem Fachkräftemangel ernsthaft entgegenstellen wollen, brauchen wir daher mehr als politische Versprechungen. Das Berliner „Bündnis für Ausbildung“ bleibt bis heute ein reines Austauschgremium ohne konkrete Maßnahmen. Die Wahrscheinlichkeit, die

¹ „Unternehmen und Bewerber finden nicht zusammen: Viele junge Menschen in Berlin ohne Ausbildungsplatz“, Tagesspiegel vom 02.11.2023, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/unternehmen-und-bewerber-finden-nicht-zusammen-viele-junge-menschen-in-berlin-ohne-ausbildungsplatz-10720888.html>.

² Seibert, Holger: Entwicklung am Ausbildungsmarkt Berlin-Brandenburg, IAB Berlin-Brandenburg, Nürnberg 2024.

³ Ebenda, S. 8.

versprochene Zielmarke von 2.000 zusätzlichen Stellen erreichen zu können, erscheint bereits heute wenig realistisch⁴. Es ist Zeit, dass Berlin mehr ausbildet und den jungen Menschen in unserer Stadt eine solide Grundlage für ihre Zukunft bietet. Nur so können wir sicherstellen, dass Berlin auch in Zukunft eine Stadt der Chancen und Perspektiven für alle bleibt.

Berlin, den 23. April 2024

Jarasch Graf Schedlich Wojahn Wapler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

⁴ „Am 31. August 2025 wird überprüft, ob das Ziel des Bündnisses, 2000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze in Form von bis zum 31. August unterzeichneten Ausbildungsverträgen dauerhaft zu schaffen, erreicht wurde. Als Referenzwerte werden dafür die bis zum 31. August 2023 unterzeichneten Ausbildungsverträge herangezogen“ - Eckpunkte der Auftaktsitzung des “Bündnis für Ausbildung“ (Präambel), Berlin 2023.